

Die wahren Trutzburgen der Schweizer Banken

Verschlossene Vergangenheit Banken verwehren Aussenstehenden den Zugang zu ihren Archiven. Das erschwert unabhängige Untersuchungen. Mit dem Ende der CS könnte sich die Situation verschlimmern.

Beatrice Bösiger

Schweizer Banken mauern und kehren ihre Vergangenheit unter den Tisch. Diesen Vorwurf hat jüngst das Haushaltskomitee des amerikanischen Senats gegen die Credit Suisse erhoben. Die Bank soll rund 64'000 Datensätze aus ihrem Bestand nicht auf mögliche Nazi-Verbindungen untersucht haben. Eine unabhängige Überprüfung der Vorwürfe ist kaum möglich. Die Bank schottet ihre Archive gegen aussen ab, fast wie eine Festung. Einem Historiker, der die Dokumente untersuchen sollte, die im Zusammenhang mit der Argentinien-Liste stehen, hat die Credit Suisse den Zugang zum Unternehmensarchiv verwehrt. In dem Streit steht Aussage gegen Aussage.

Die Vorwürfe gehen auf einen Bericht des amerikanischen Anwalts Neil Barofsky zurück. Das Senatskomitee hatte diesen Mitte August nach langem Tauziehen vollständig in einer ungeschwärzten Fassung veröffentlicht. Barofsky hatte im Auftrag der CS eine Liste mit rund 12'000 Namen von deutschen Nazis in Argentinien untersucht, die das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles 2020 erhalten hat. Viele davon sollen Kunden der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) gewesen sein, die 1997 in der Credit Suisse aufgegangen ist.

Die Credit Suisse wehrt sich. Der Bericht enthalte zahlreiche sachliche Fehler, irreführende und grundlose Behauptungen. Als das Senatskomitee im April erste Teile davon veröffentlicht hat, verwies sie auf ihren eigenen Bericht, welcher die Vorwürfe entkräften würde. Barofsky wieder-

um wirft der CS vor, seine Untersuchung willentlich behindert zu haben. Im November 2022 hat die Bank die Zusammenarbeit mit Barofsky beendet. Grund dafür war ein Zerwürfnis zwischen ihm und Markus Diethelm, dem damaligen Rechtschef der Bank.

Offizielle Linie wird gerne weitergegeben

Mit dieser restriktiven Haltung ist die CS jedoch nicht allein. Unternehmensarchive gelten in der Schweiz als Privatarhive. Auch die UBS, die mit dem Notkauf das Archiv der Credit Suisse übernommen hat, stellt sich auf den Standpunkt, dass Dritte keinen Zugang zu internen Dokumenten erhalten. Offizielle Publikationen der Bank wie Jahresberichte oder Festschriften würden für Forschungszwecke dagegen gerne zur Verfügung gestellt, heisst es auf Anfrage. Weitere Fragen zu ihrem Archiv beantwortet die UBS nicht. Mit dem Resultat, dass in erster Linie die offizielle Haltung der Bank weitergegeben wird. Ein kritischer Zugang wird damit fast unmöglich.

Gestützt werden die Finanzinstitute durch das Bankengesetz. Dieses sieht harte Strafen für die Weitergabe von Daten vor. Davon könnten auch Historikerinnen und Historiker betroffen sein. Für die Forschung sei das «absolut toxisch», sagt Sacha Zala, Professor für Schweizer Geschichte an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte. «Die Banken können mit dem einfachen Argument des Bankkundengeheimnisses alle Anfragen abschmettern.» Das sei leider die Realität.

«Wir haben eine der grössten Banken in Westeuropa und fast keine Möglichkeiten, deren Geschichte zu untersuchen.»

Matthieu Leimgruber,
Professor Universität Zürich

Dazu kommt, dass in der Schweiz für Unternehmen eine gesetzliche Verpflichtung zur Archivierung wichtiger Dokumente fehlt. So gibt es etwa im Kanton Zürich zwar ein Archivgesetz, doch die Zürcher Kantonalbank ist davon ausgenommen. Es existiert auch keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht. Im Grunde müssen nur Akten, die für die Buchhaltung relevant sind, während zehn Jahren aufbewahrt werden. «Rechtlich gesehen könnten die Unternehmen sie dann auch vernichten», sagt Zala.

Dass sich der Schweizer Finanzplatz mit einer unabhängigen und transparenten Aufarbeitung seiner Vergangenheit schwertut, hat mit den unterschiedlichen Auffassungen von Geschichte zu tun, die hier auf-

einanderprallen. Für die Banken ist in erster Linie relevant, ob eine solche Untersuchung Klagen und hohe Bussen zur Folge hat. «Im konkreten Fall hat die Credit Suisse zwar in die Suche nach Verbindungen zur Argentinien-Liste investiert», sagt Matthieu Leimgruber. Er ist Professor für Schweizer Geschichte an der Universität Zürich und war als Berater an einer Sitzung mit Barofsky und der CS dabei. Er sagt, eine historische Aufarbeitung, die dann auch veröffentlicht wird, habe für die Bank eine sekundäre Rolle.

Mangelnde Distanz bei der Geschichtsschreibung

Auf Druck des Senatskomitees hat die CS eingewilligt, mögliche Nazi-Verbindungen nach Argentinien weiter zu untersuchen. Ob diese veröffentlicht werden, ist noch unklar. Die Entscheidung darüber liegt bei der UBS. «Für die Forschung wäre es interessant zu untersuchen, ob es Transaktionen durch Finanzintermediäre gegeben hat, die via Schweizer Banken für Nazis in Argentinien durchgeführt worden sind», sagt Jakob Tanner, langjähriger Professor für Geschichte an der Universität Zürich. Ohne Zugang zum Archiv bleiben die tatsächlichen Zusammenhänge aber intransparent.

«Das nährt bloss die Gerüchteküche rund um die Argentinien-Liste», sagt Leimgruber. Seiner Meinung nach braucht es Druck von aussen, damit sich das etwas ändert – wie in den Neunzigerjahren bei der Diskussion um nachrichtenlose Vermögen aus dem 2. Weltkrieg. Nach einem Bundesbeschluss bekam die Ex-

pertenkommission zwischen 1996 und 2002 Zugang zu Unternehmensarchiven und auch denen grosser Schweizer Banken. Die Finanzinstitute engagierten daneben eigene Historiker, begannen mit dem Aufbau dezidiert Archive und führten Untersuchungen durch.

Die Credit Suisse etwa ernannte damals Josef Jung als Chefhistoriker. Dieser veröffentlichte ein umfangreiches Werk zur Geschichte der Bank. Kritiker werfen dem Buch jedoch eine fehlende Distanz vor. «Jung vertritt darin eine Perspektive aus dem Inneren der Bank», sagt Tanner. Die Probleme, welche zum Niedergang der CS geführt haben, würden ausgespart. «Beim Bonus-System handelt es sich ja praktisch um strukturelle Korruption», sagt er.

Das Zeitfenster blieb allerdings nur kurz geöffnet. 1998 einigten sich die UBS und die Credit Suisse mit Holocaust-Opfern und ihren Nachkommen auf die Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar. «Sobald die Sache erledigt war, verloren die Banken das Interesse an einer historischen Aufarbeitung», sagt Leimgruber.

Auch Jung will sich heute nicht mehr zur Geschichte der CS im 2. Weltkrieg und seiner Arbeit im Archiv äussern. Dafür schreiben andere über ihn und das Geschichtsverständnis der Branche. In Ausnahmesituationen werde der Historiker zu einer der wichtigsten Führungsfiguren der Bank, schreibt etwa der ehemalige CS-Rechtschef David Frick in einer aktuellen Festschrift für Jung. Und weiter: «Dass die Angelegenheit damals mit einer Einigung von 1,25 Milliarden

Schweizer Franken für sämtliche betroffenen Banken gütlich geregelt werden konnte, geht ganz wesentlich auf die gute Arbeit von Joe Jung zurück.»

Entsprechende Motion wurde sistiert

Historikerinnen und Historiker befürchten, dass sich die Situation mit dem Ende der Credit Suisse weiter verschlimmern könnte. Die UBS gilt als äusserst restriktiv, was den Zugang zu ihrem Archiv angeht. So hat sie Forschenden etwa den erneuten Zugang zu Unterlagen, mit denen die Expertenkommission in den Neunzigerjahren bereits gearbeitet hat, unter Verweis auf das Bankgeheimnis verwehrt. Das stimmt die Forscher pessimistisch: «Wir haben eine der grössten Banken in Westeuropa und fast keine Möglichkeiten, deren Geschichte zu untersuchen», sagt Leimgruber.

Nun sei es an der Politik. Anfang Jahr hat sich die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte deshalb mit einem Schreiben an Finanzministerin Karin Keller-Sutter gewandt. Die Historikerinnen und Historiker monieren, dass unter diesen Bedingungen eine sachliche Erforschung der Schweizer Finanzbranche kaum mehr möglich sei. Angesichts der Bedeutung, die sie für das Land hat, eine höchst bedenkliche Entwicklung. «Geschichte hat bei Unternehmen wie bei der Politik keine hohe Priorität», sagt Zala. Die entsprechende Motion, die für mehr Freiheit bei der Weitergabe von Finanzdaten sorgen will, wurde in der Wirtschaftskommission des Ständerats unlängst sistiert.